

Wahlprüfstein DIE LINKE

Ohne Rüstung leben

Arndtstr. 31

70197 Stuttgart

Rüstungsexporte abwählen

Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz!

Aufgrund der unzureichenden rechtlichen Rahmenbedingungen und des fehlenden politischen Willens konnte Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufsteigen. Kaum ein Krieg, in dem nicht deutsche Waffen – vielfach beiderseits der Front – zum Einsatz kommen.

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes und/ oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird?

DIE LINKE ist für ein Verbot von Rüstungsexporten. Wir unterstützen deshalb die Forderung der Aktion Aufschrei, ein Verbot in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festzuschreiben.

Die Fraktion DIE LINKE will, dass deutsche Politik zu einer friedlicheren, sozialeren und gerechteren Welt beiträgt. In dieser Welt haben deutsche Waffenexporte nichts verloren. Bereits im März 2011 haben wir im Antrag „ Alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern stoppen“ (Drucksache 17/5039) die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird. Dieser Antrag wurde sowohl von der Regierungskoalition, als auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Ferner haben wir zur Zeit des sogenannten Arabischen Frühlings versucht, den Bundestag und die Regierung davon zu überzeugen, dass wenigstens in diese Länder kein Kriegsmaterial geliefert wird. Unsere Forderungen nach einem Exportstopp in 16 Länder der Region wurden im Bundestag einzeln abgestimmt. Auch hier stimmten SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Regierungskoalition gegen unsere Anträge.

Japan exportiert grundsätzlich keine Kriegswaffen und hat damit die Lehre aus seiner kriegerischen Vergangenheit gezogen. Deutschland kann und sollte sich daran orientieren und eine Vorreiterrolle in Europa übernehmen. Um diese todbringenden Exporte zu verhindern, gibt es nur einen Weg: Wir brauchen gesetzlich verankerte, einklagbare und konkrete Verbote von Waffenexporten.

Wenn Sie im Falle Ihrer Wahl kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann eine oder mehrere der folgenden sechs

Forderungen?

Obwohl DIE LINKE für ein generelles Rüstungsexportverbot eintritt (siehe Frage 1), möchten wir hier zusätzlich unsere Positionen darlegen.

Keine Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten!

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass diese in bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden könnten?

DIE LINKE fordert, alle Rüstungsexporte an Staaten zu verbieten, die bei der Beachtung der Menschenrechte deutliche Defizite aufweisen. Diese Forderung ist eine von vier Teilverbotsforderungen der Fraktion DIE LINKE auf dem Weg zu einem Totalverbot von Rüstungsexporten. Bei bisher allen Regierungen sind die Menschenrechte regelmäßig bei den Genehmigungsentscheidungen auf der Strecke geblieben. Nur ein Verbot kann garantieren, dass Regime, die Menschenrechte verletzen, wie Saudi-Arabien, keine Waffen aus deutscher Produktion erhalten.

Keine Rüstungsexporte an kriegführende Staaten!

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot der Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Länder ein, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, wo solche drohen oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft werden?

DIE LINKE fordert ein gesetzliches Verbot aller Rüstungsexporte. Dass solche Exporte in Staaten, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, nicht genehmigt werden dürfen, steht für DIE LINKE außer Frage.

Exportverbot für Kleinwaffen!

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen aus Deutschland ein?

DIE LINKE fordert, alle Exporte von Kleinwaffen zu verbieten. Diese Forderung ist eine von vier Teilverbotsforderungen der Fraktion DIE LINKE auf dem Weg zu einem Totalverbot von Rüstungsexporten.

Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen!

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter ein?

DIE LINKE ist für ein Verbot aller Lizenzvergaben von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Diese Forderung ist eine von vier Teilverbotsforderungen der Fraktion DIE LINKE auf dem Weg zu einem Totalverbot von Rüstungsexporten.

Keine Absicherung von Rüstungsexporten durch Hermes-Bürgschaften!

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die Forderung nach einem Verbot von Hermes-Bürgschaften beim Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein?

DIE LINKE ist für ein Verbot von Hermesbürgschaften zur Absicherung von Rüstungsexportgeschäften. Diese Forderung ist eine von vier Teilverbotsforderungen der Fraktion DIE LINKE auf dem Weg zu einem Totalverbot von Rüstungsexporten. Darüber hinaus fordern wir, dass jegliche staatliche Förderung von Rüstungsexporten verboten wird.

Transparenz beim Waffenhandel!

Deutsche Rüstungsexportgeschäfte sind im höchsten Maße intransparent: Brisante Exportgenehmigungen werden vom Bundessicherheitsrat in geheimer Sitzung entschieden, unzureichende Rüstungsexportberichte erst Ende des Folgejahres publiziert.

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine zeitnahe Informationspflicht der Abgeordneten, für ein Vetorecht des Deutschen Bundestages und für transparente Rüstungsexportberichte ein, die – wie in England – quartalsweise veröffentlicht werden?

DIE LINKE fordert Transparenz statt Verschleierung. Die Öffentlichkeit und das Parlament werden in der Tat nur sehr lückenhaft und mit langen Verzögerungen über Rüstungsexporte informiert. Dieser Zustand ist nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für das Parlament inakzeptabel.

Um die Geheimniskrämerei zu beenden und um eine öffentliche Debatte zu Rüstungsexporten zu ermöglichen, fordert DIE LINKE, dass die Bundesregierung zeitnah, viel umfassender als bisher über Rüstungsexportvorhaben und erfolgte Ausfuhren informiert. Diese Informationspflichten müssen gesetzlich als Bringepflicht der Bundesregierung festgeschrieben werden. Unser Forderungskatalog umfasst unter Anderem:

- Vierteljährlicher Rüstungsexportbericht*
- Ausweitung der Informationen zu Rüstungsexporten im Rahmen des Rüstungsexportberichts, z.B. Lizenzvergaben für Waffen- bzw. Munitionsfabriken, Wert aller tatsächlichen Ausfuhren, genaue Bezeichnung des Rüstungsgutes*
- Vorabinformation über große Rüstungsexportvorhaben von Kriegswaffen*